

BASis Info 9/2010

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ein Jahr ist die schwarz-gelbe Bundesregierung jetzt im Amt und es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Mit verschwenderischen Steuergeschenken von Schwarz-Gelb für Hoteliers ging alles los und allein in der vergangenen Sitzungswoche hat diese Regierung gezeigt: Einigkeit herrscht nur bei Politik für die eigene Klientel und gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Der Aufschwung 2010 mit mehr als drei Prozent Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit zeigt: das Modell Deutschland mit starken Sozialpartnern hat Vorbildcharakter und Zukunft. Jetzt brauchen wir eine Politik, die diese Dynamik für einen innovativen und sozial-gerechten Aufschwung nutzt und nicht das Land immer stärker in Gewinner und Verlierer spaltet. Doch diese schwarz-gelbe Regierung gibt immer mehr Menschen das Gefühl, dass die Regierung nur noch Lobbygruppen bedient, Bürgerinnen und Bürger belastet und das Gemeinwohl aus dem Blick verliert.

Das so genannte Sparpaket haben CDU, CSU und FDP in der vergangenen Sitzungswoche ebenso durchgewunken wie die Atomgesetze. Ausgerechnet am Tag der Gedenkstätte für unseren Bundestagskollegen Herrmann Scheer. Nicht nur, dass Hermann und ich Büronachbarn waren und er mich im März in Rheinhausen zu einer Duisburger Impulse-Veranstaltung besucht hatte. Vor allem bin ich sehr traurig, weil Herrmann ein starker Charakter und aufrechter Streiter für die Erneuerbaren Energien war. Er hinterlässt ein riesiges politisches Erbe. Auch deshalb werden wir zur Not vor dem Bundesverfassungsgericht verhindern, dass Union und FDP mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraft einen längst befriedeten Konflikt mitten in unserer Gesellschaft wieder aufreißen (Seite 4).

Auch bei mir in der Gesundheitspolitik hat Schwarz-Gelb die Entsolidarisierung weiter vorangetrieben: In zwei Anhörungen zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Neuordnung des Arzneimittelmarkts haben die Experten unsere

Kritik nicht nur bestätigt: Wenn sogar die Arbeitgeberverbände eine schwarz-gelbe Bundesregierung kritisieren, weiß ich nicht mehr, was noch kommen muss, um diese Regierung zur Besinnung zu bringen (Seite 4).

Die neueste Idee von Herrn Rösler haben wir am Freitag mit einem SPD-Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn es nach CDU und FDP geht, sollen die Versicherten bald Vorkasse beim Arztbesuch leisten - egal, ob sie auf einem Teil der Kosten sitzen bleiben, viele Menschen sich eine Vorkassen-Zahlung überhaupt nicht leisten können und niemand versteht, welchen Vorteil die Patienten von dieser Regelung hätten. Wir haben als SPD am Freitag im Bundestag bei der schwarz-gelben Bundesregierung nachgefragt, aber keine Antwort bekommen. Die wissen wirklich nicht, was sie tun.

Es kann nur besser werden.

Herzliche Grüße





Stichwort: Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze

Am vergangenen Freitag haben wir im Deutschen Bundestag in der 1. Lesung über den schwarz-gelben Gesetzentwurf zur Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze beraten. Das Gesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Deshalb sind Union und FDP auf die Stimmen der SPD angewiesen und die SPD-Bundestagsfraktion zeigte sich im Interesse der Menschen erneut verhandlungsbereit. Wir sehen den dringenden Handlungsbedarf und das Gesetz rechtzeitig im Bundesrat verabschiedet werden, um pünktlich und verfassungskonform am 1. Januar 2011 in Kraft treten zu können. Bis dahin ist noch ein weiter Weg.

Als Frau von der Leyen Ende September ihre lange erwarteten Vorschläge für eine Reform der Hartz IV-Sätze auf den Tisch gelegt hatte, konnte ich es nicht glauben. Sie hatte offenbar so lange rechnen lassen, bis das gewünschte Ergebnis unterm Strich stand: Fünf Euro mehr für Hartz IV-Empfänger, für Kinder keinen einzigen Cent. Damit wollte die Bundesregierung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes - das gerade erst die Regelsätze für Kinder bemängelt hatte - gerecht werden? Wir führen die Gespräche mit der Koalition jetzt ergebnisoffen, aber für uns Sozialdemokraten ist klar: ohne deutliche Zugeständnisse im Sinne der Menschen wird es keine Zu-

stimmung der SPD-Bundestagsfraktion und keine Zustimmung der SPD-geführten Bundesländer geben. Hannelore Kraft hat dies nochmal sehr deutlich gesagt.

Im Mittelpunkt der Reform müssen die Kinder stehen. Das so genannte Bildungspaket von Frau von der Leyen ist mehr Schein als Sein. Wenn wir das Schulbedarfspaket - das übrigens nur dank der SPD-Bundestagsfraktion überhaupt noch steht - ausklammern, bekommt jedes Kind gerade mal 12,50 Euro pro Monat für Musikunterricht, Freizeit und Sportverein.

Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ein echtes Bildungspaket auf den Weg bringen. Auch Kinder aus Familien mit niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen brauchen bessere Bildungs- und Teilhabechancen. Dafür muss die entsprechende Infrastruktur deutlich ausgebaut werden, ja: auch in Duisburg muss an vielen Schulen erst eine sinnvolle Struktur geschaffen werden. Für uns als SPD sind aber auch die Regelsätze nach wie vor strittig. Es bleibt unklar, warum die Regierung nicht - wie üblich - die unteren 20 Prozent der Einkommen zur Berechnungsgrundlage nimmt, sondern nur die unteren 15 Prozent. Wir wollen ein schlüssiges und transparentes Berechnungsverfahren.

Auch der Koalitionsvorschlag zu den Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz IV-Empfänger ist letztlich eine Mogelpackung. In Wahrheit will Schwarz-Gelb mehr Jobs mit miesen Löhnen einführen und die Leute hinterher als Aufstocker zum Sozialamt zu schicken.

Unbestritten: Arbeit muss sich mehr lohnen als der Bezug von Transferleistungen. Mir ist das Lohnabstandsgebot wichtig. Wenn es auch der Bundesregierung wirklich ernst damit sein sollte, kenne ich einen einfachen Weg: der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Wenn nicht jetzt, im Aufschwung mit absehbar kräftigen Tariferhöhungen, wann dann will sich die Regierung bei den Mindestlöhnen einen Ruck geben? Doch hier sind die ideologischen Scheuklappen der Konservativen und Neoliberalen unüberwindbar.

Jetzt haben die parlamentarischen Beratungen begonnen. Wir werden natürlich nur einem verfassungskonformen Gesetz zustimmen. Sigmar Gabriel hat erklärt, dass diese Frage zur Not wieder vors Bundesverfassungsgericht kommt. Wir haben unsere zentralen Forderungen auf den Tisch gelegt: Die SPD will eine realitätstaugliche Berechnung der Regelsätze, ein echtes Bildungspaket für Kinder, ein allgemeiner Mindestlohn und eine starke Arbeitsmarktförderung, um Wege in Beschäftigung zu öffnen.



Petitionstag im Wahlkreis Duisburg I

Politisches Engagement ist lebenswichtig für unsere Demokratie und Petitionen ermöglichen direkten Einfluss auf die Politik. Deshalb lade



SPD-Sprecher im Petitionsausschuss: Klaus Hagemann

ich zusammen mit dem Bürgerverein Neudorf für Mittwoch, den 3. November um 19 Uhr in den Kleinen Prinzen zum Petitionstag ein. An diesem Abend ist der SPD-Sprecher im Petitionsausschuss, Klaus Hagemann, zu Gast in meinem Wahlkreis. Er wird das Instrument der Petition vorstellen, im Mittelpunkt des Abends steht aber die Diskussion über praktische Beispiele für Petitionen zu Problemen in Duisburg wie Lärmschutz an Bahnstrecken und Gefahrguttransporte. Interessierte sind herzlich eingeladen.



Rollende Bürgersprechstunde mit dem OV Buchholz:

Ich habe seit Jahren einen Organspenderausweis und rufe zum Mitmachen auf. Informationen und den Organspenderausweis gibt's bei meiner Rollenden Bürgersprechstunde mit dem OV Buchholz am 27.11., 10.30 bis 12.30 Uhr, an der Münchener Straße.

Frank-Walter Steinmeier hat mit seiner Nierenspende wahre Größe gezeigt, so wie jeder Organspender wahre Größe zeigt. Ich unterstütze sein Engagement für eine Änderung des Organspendergesetz. In Deutschland sterben jeden Tag drei Patienten, weil kein Spenderorgan zur Verfügung steht.

Millionen-Verrat beim Landesarchiv?

Die Medienberichte zum Landesarchiv-Bau haben mich sehr aufgeregt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Korruption mit einem Schaden von mehr als 20 Millionen und die Rolle von Herrn Sauerland wird immer zwielichtiger.

Ein solcher Millionen-Verrat wäre ein unfassbarer Skandal und ein beispielloser Fall für

die Verschleuderung von Steuermitteln. Geheimnisverrat, Untreue und Betrug sind keine Kavaliersdelikte. Dieses Geld wird am Ende für Kinderbetreuung oder Bildung schmerzlich fehlen. Ich fordere deshalb eine rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle und möchte insbesondere die Rolle von Herrn Sauerland geklärt wissen.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++04.11.: Besuch des Willy-Brandt-Berufskollegs+++

+++05.11.: Jubilarehrung der SPD-Duisburg mit Franz Müntefering im Duisburger Hof+++

+++08.11.-12.11.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++13.11.: Herbstfest des OV Großenbaum in der Gesamtschule-Süd+++

17.11.: Vorlesetag in der Gemeinschafts-Grundschule Herman-Grohe-Str.+++

+++22.11.-26.11.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++27.11.: „Benefits for Kids“ in der Hochfelder Pauluskirche+++

+++28.11. Jubilarehrung des O V R u m e l n - Kaldenhausen+++

+++Weitere Termine unter www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



„Hände weg vom Atomausstieg“: Um 8 Uhr am Donnerstag vor der entscheidenden Plenarsitzung protestierte ich unter anderem mit meinen SPD-Kollegen Dirk Becker, Waltraud Wolff, Katja Mast und Oliver Kaczmarek vor dem Kanzleramt gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Diese Rolle rückwärts in der Energiepolitik ist falsch, gefährlich und verfassungswidrig. Deshalb wird die SPD Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen. [Hier geht's zu meiner Erklärung, warum ich gegen die Atomgesetze gestimmt habe.](#)

Neues aus meinem Tagebuch

Das nennt man wohl Arbeitsverweigerung: Wir hatten extra eine Anhörung zu den Folgen der Gesundheitsreform angesetzt, aber die CDU/CSU-Fraktion machte einfach mal 20 Minuten früher Schluss. Keine Fragen mehr. Die Kollegen hatten wohl genug kritische Antworten von den Experten gehört.

34 Namentliche Abstimmungen hatten wir vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag: 31 zu den Atomgesetzen, zwei zum so genannten Sparpaket und zum Abschluss um 21.30 Uhr eine Namentliche Abstimmung zum Jahressteuergesetz. Zwischendrin gab es noch einen Hammelsprung. Alles

wurde geboten, ich habe nichts verpasst. Das hat mir auch viel Geld gespart, im Gegensatz zu einem Kollegen von der CDU. Der ärgerte sich beim Feierabendbier lautstark über 4 verpasste Namentliche Abstimmungen. "Das kostet mich 200 Euro".

Mittendrin in den Abstimmungen über die Atomgesetze lagen offenbar auch beim Sicherheitsdienst die Nerven blank. Ein Mitarbeiter unserer Fraktion musste seine Daten von der Bundestagspolizei aufnehmen lassen - er hatte einen kleinen Anti-Atom-Buttons getragen und soll mit dieser "politischen Demonstration die Neutralität des Hohen Hauses" verletzt haben.



Bis nächstes Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607

Baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de